



## Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis  
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 29. April 2021

## Pressemitteilung

### 1. Mai: Solidarität ist Zukunft

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai erklärt **Beate Müller-Gemmeke**, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik:

Die Lehre aus der Corona-Pandemie heißt: Solidarität ist Zukunft. Solidarität leben gerade all diejenigen, die Rücksicht nehmen, damit sich möglichst wenige mit dem gefährlichen Virus infizieren. Es geht um Solidarität mit den Pflegekräften und Ärztinnen, die seit Monaten an der Belastungsgrenze arbeiten und all jene, die in Supermärkten oder der Logistikbranche dafür sorgen, dass wir gut versorgt sind. Solidarität brauchen die Alleinerziehenden und Familien, denen die Betreuungsangebote weggebrochen sind und die jetzt zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung lavieren müssen. Und solidarisch sind die vielen Beschäftigten in den sozialen Diensten, die den Menschen professionell während der Corona-Pandemie zur Seite stehen.

Gelebte Solidarität hat sich in Zeiten von Corona in der Arbeitswelt bewährt: Millionen Menschen wurden durch Kurzarbeit aufgefangen und abgesichert. Unternehmen und Beschäftigte, die Arbeit tarifvertraglich und mitbestimmt regeln, kommen besser durch die Krise als jene, die aus der Sozialpartnerschaft und dem Tarifvertrag flüchten.

Gleichzeitig werden die Auswirkungen von prekärer Arbeit deutlich. Beschäftigte im Minijob waren die Ersten, die ihren Job verloren haben – ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld. Deshalb wollen wir kleine Jobs sozialversicherungspflichtig machen. Wir brauchen unbedingt einen Mindestlohn, der wirklich vor Armut schützt. Der Mindestlohn muss deshalb auf 12 Euro steigen, denn Menschen im Vollzeitjob müssen von ihrer Arbeit leben können. Wichtig ist mehr tarifvertraglich geregelte, gute Arbeit. Dafür weniger Befristungen, Leiharbeit oder Arbeit auf Abruf. Völlig unsolidarisch handelt die Bundesregierung, die aktuell Saisonarbeitskräfte noch länger als bisher kurzfristig arbeiten lässt, ohne für ihre soziale Absicherung zu sorgen.

Echte Solidarität ist dringend notwendig, wenn es um systemrelevante Arbeit geht, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Diese Arbeit muss endlich aufgewertet werden und dazu gehören faire auskömmliche Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sei es in der Pflege, im Einzelhandel, in den sozialen Dienstleistungen oder in der Reinigungsbranche. Schöne Sonntagsreden sind hier zu wenig.